

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Kliringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

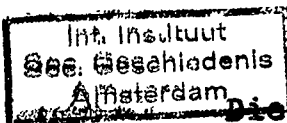


Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Drahtanschrift: Copadiensf

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 5. März 1932.



Keine Zersplitterung!

Die Hauptentscheidung fällt am 13. März.

SPD. Reichstagspräsident Paul Löbe hat nach einer Versammlung, die er in Weiden in Bayern für die Wahl Hindenburgs abgehalten hat, seiner Hoffnung und Erwartung Ausdruck gegeben, dass Hindenburg schon im ersten Wahlgange wiedergewählt werde. Er hat daran die Mahnung geknüpft, dass alle Sozialdemokraten sich im ersten Wahlgang vollzählig für Hindenburg einsetzen müssen.

Diese Mahnung gilt es zu beherzigen! Schon der erste Stoss muss so wichtig und geschlossen geführt werden, dass den Faschisten Hören und Sehen vergeht!

Der 13. März ist Hauptwahltag - das ist unsere Parole. An diesem Tage muss bereits die eigentliche Entscheidung fallen. Es geht nicht um eine probeweise Vorwahl von minderer Bedeutung, es gilt vielmehr bereits die Hauptentscheidung

Der Gegner ist sich darüber vollständig im Klaren und rüstet dementsprechend. Die Nationalsozialisten setzen alle Kräfte für die Wahl am 13. März ein, sie wollen an diesem Tage die Entscheidung für sich erzwingen. Sie geben sich der geheimen Hoffnung hin, dass man in der Arbeiterschaft sich nach dem Muster der letzten Präsidentenwahl einrichten und deshalb den ersten Wahlgang in seiner ganzen Bedeutung nicht erkennen werde, so dass der Faschismus einen Ueber-raschungssieg davontragen könne. Sie rechnen mit der Zersplitterung der Stimmen in der Arbeiterschaft. Fieberhaft hämmert es die nationalsozialistische Propaganda in die Köpfe ihrer Gläubigen: schon am 13. März geht es um Sieg oder Untergang!

Diese Hoffnungen der Faschisten müssen durchkreuzt werden! Alle Verwirrungsparolen müssen abgewiesen, jede Disziplinlosigkeit muss vermieden werden. Die Lage ist bei der Präsidentenwahl von 1932 ganz anders als sie bei der Wahl von 1925 war, niemand lasse sich deshalb von falschen Propheten einreden, dass er beim ersten Wahlgang zuhause bleiben oder einen Phantasiekandidaten wählen könne, weil er im zweiten Wahlgange, wenn es ernst werde, dann immer noch in Reih und Glied einschwenken könne! Agenten der Kandidatur Thälmann versuchen den Arbeitern einzuflüstern: wählt im ersten Wahlgange Thälmann - wenn sich die Gefahr eines Faschistensieges zeigt, könnt ihr im zweiten Wahlgang dann immer noch Hindenburg wählen.

Ebensogut könnte die Arbeiterschaft ihre Stimmen an den "Betriebsanwalt" Gustav Winter, den Mann mit den rotgestempelten Tausendmarkscheinen wegwerfen! Denn diese törichte Taktik, die Zersplitterung im ersten Wahlgange ist es, worauf der Faschismus seine Hoffnungen setzt. Die Duesterbergkandidatur soll die Front für Hindenburg von rechts her anknabbern, die Thälmannkandidatur von links her. Hugenberg hat offen ausgesprochen, dass sein taktisches Ziel sei, Hindenburg möglichst viele Wähler von rechts her wegzunehmen. Er und Hitler rechnen auf die Arbeiter, die nicht die Drohung des Faschismus sehen, sondern nur die Person des Generalfeldmarschalls, und die sich in falscher Sicherheit wiegen. Mit einem Worte: sie spekulieren auf eure Illusionen und

auf euern Mangel an politischem Nachdenken!

So könnte es kommen, dank der Zersplitterung der Arbeiterstimmen, so rechnen sie, dass am 13. März die Hauptentscheidung für den Faschismus fällt, wenn auch nicht gerade in Gestalt der Wahl Hitlers im ersten Wahlgange. Fast 44 Millionen sind am 13. März wahlberechtigt, Der Kandidat, der im ersten Wahlgang siegen will, muss mehr Stimmen haben als alle anderen Kandidaten zusammengekommen, es bedürfte also dazu einer gewaltigen Stimmsammlung, eines restlosen Aufgebots. Aber - so spekulieren die Faschisten - wenn wir alles einsetzen und die Arbeiterschaft sich zersplittert, so könnte Hitler am 13. März an der Spitze marschieren, er könnte die meisten Stimmen auf sich vereinigen.

Für diesen Fall werden Stimmen laut im nationalsozialistischen Lager: "kein zweiter Wahlgang mehr! Das Volk hat für Hitler entschieden, also nehmen wir nun die Macht!" Es sind einflussreiche Kreise in der Hitlerpartei, die schon die relative Mehrheit, also die grösste Stimmziffer, im ersten Wahlgang als genügende "legale" Grundlage für den faschistischen Staatsstreich ansehen. Denn das Ziel der Faschisten ist nicht die Präsidentschaft, ihr Ziel ist der Staatsstreich!

Darum gilt es, schon im ersten Wahlgang alle Kraft gegen den Faschismus einzusetzen und seine Hoffnungen zu zerstören. Das bedeutet aber: alle Kraft muss in geschlossener Disziplin, in restlosem Einsatz auf die Kandidatur Hindenburg vereinigt werden!

Keine Experimente am 13. März! Keine Lauheit, keine Zersplitterung!

SPD. München, 5. März (Eig. Drahtb.)

Die sogenannte Deutsche Studentenschaft, die trotz ihrer einseitigen parteipolitischen Hakenkreuz-Einstellung in Bayern immer noch staatliche Anerkennung genießt und infolgedessen durch das System der Zwangsbeiträge die gesamte Studentenschaft terrorisieren kann, hat durch ihren Vorsitzenden mit Beginn des nächsten Sommersemesters den Zahlstreik für sämtliche Hochschulgebühren verkündet. Die in dem Münchener Hitlerblatt ausgegebene Parole lautet: "Kein deutscher Student zahlt vom nächsten Semester an auch nur einen Pfennig an allgemeinen Gebühren, Kollegengeldern und sonstigen Gebühren."

Mit verlogenen Argumenten will der Vorstand der Deutschen Studentenschaft glauben machen, dass es sich um eine rein wirtschaftliche Abwehrmassnahme gegen die Einsparungspolitik der Unterrichtsverwaltungen der Länder handelt, die teilweise auch mit der Erhöhung der Hochschulgebühren verbunden ist. In Wirklichkeit handelt es sich aber um eine politische Kampfparole, die den Zweck verfolgt, die Hakenkreuzverseuchung an den Hochschulen weiterzutreiben, nachdem die allgemeinen Asta-Wahlen im Wintersemester den Stillstand der Nazi-bewegung unter der akademischen Jugend deutlich aufgezeigt haben.

Als erste deutsche Länderregierung hat nun das bayerische Kultusministerium gegen die Demagogie der Nazistudenten Front gemacht. In einem amtlichen Erlass wird mitgeteilt: "Die bayerische Unterrichtsverwaltung wird gegen Studierende, die die Bezahlung der vorgeschriebenen Hochschulgebühren grundlos verweigern sollten, mit allem gebotenen Nachdruck vorgehen, ebenfalls gegen Studentenorganisationen, die ein solches Vorgehen fördern." Die nächste Folge dieser Warnung wird die Zurückziehung der staatlichen Anerkennung der Deutschen Studentenschaft an den bayerischen Hochschulen sein, es sei denn, dass sie es vorzieht, ihre Streikparole rückgängig zu machen.

SPD. Hitler hat jüngst in einer Konferenz der Nazi-Abgeordneten des Reichstags und der Nazi-Gauleiter befohlen, dass die bevorstehenden Wahlkämpfe in der schmutzigsten Weise, die man sich denken kann, geführt werden sollen. Die Nazi-Bewegung dürfe in der Propaganda vor keinem Mittel zurückschrecken. Die Parole hat gezogen; denn in der Wahl der Mittel zur Reichspräsidentenwahl übertreffen die Nazis selbst ihre bisherige Demagogie. Das will schon allerhand heissen. Für heute nur ein Beispiel für die Kampfweise der NSDAP und ihrer Trabanten.

Das Kölner Nazi-Blatt hat dieser Tage ohne Herkunftsbezeichnung und ohne Datum einen Aufruf führender Zentrumsmitglieder, darunter zahlreicher Geistlicher, wiedergegeben, in dem davon gesprochen wird, dass "die Linksrichtung des Zentrums nicht mehr vereinbar ist mit christlichen Grundsätzen". Aber dieser Aufruf stammt nicht etwa von heute oder gestern, sondern ist vor zwölf Jahren, am 18. April 1920, im Inseratenteil der Kölnischen Volkszeitung erschienen. Davon sagt das Nazi-Blatt kein Wort. Es tut als ob der Aufruf neuesten Datums sei und gibt ihn trotz vorsichtigster Auswahl mit Unterschriften von Persönlichkeiten wieder, die in der Zwischenzeit längst verstorben sind oder heute im Zentrum als ausgesprochene Linkspolitiker gelten. Diese Demagogie wird schliesslich noch dadurch übertroffen, dass der Aufruf nicht wörtlich wiedergegeben wurde. Alle Sätze des Aufrufs, die auf die damalige Zeit, also vor zwölf Jahren Bezug hatten, sind in der Veröffentlichung des Nazi-Blattes nicht enthalten. Der Eindruck, als könnte es sich um einen Aufruf älteren Datums handeln, sollte peinlichst vermieden werden; denn der Zweck der Fälschung ist schliesslich, auf die Zentrumsanhänger zu wirken.

Der "Völkische Beobachter", für den Hitler trotz seiner Eigenschaft als Parteibuchbeamter immer noch als Herausgeber zeichnet, hat den Schwindel des Kölner Nazi-Blattes inzwischen wiederholt. Auch er erweckt den Eindruck, als ob der Aufruf für die gegenwärtige Zeit geschrieben ist, obwohl ihm bei dem Abdruck bekannt war, dass die Wiedergabe des Aufrufs, wie er in dem Kölner Nazi-Blatt erschienen ist, eine Fälschung und ein Betrugsmanöver sondergleichen darstellt. Aber das sind ja die Methoden, die Hitler für die bevorstehenden Kämpfe ausdrücklich gewünscht hat. Insofern werden die Nazis versuchen, ihrem neuesten Betrugsmanöver in den nächsten Tagen im ganzen Reich die erforderliche Verbreitung zu verschaffen. Also aufgepasst!

SPD. München, 5. März (Eig. Drahtb.)

Die Augsburger Hakenkreuzleitung hat an ihre Funktionäre ein vertrauliches Rundschreiben gerichtet, in dem es heisst: "Der Führer Adolf Hitler hat den Wahlkampf insofern zu einer Prestigefrage gemacht, als er die Parole aufstellte: entweder siegen wir Nationalsozialisten bei der Reichspräsidentenwahl oder aber die Bewegung wird auf Jahre hinaus zurückgeworfen. Mit anderen Worten, die Reichspräsidentenwahl entscheidet grundlegend über das weitere Schicksal unserer Freiheitsbewegung."

Das Rundschreiben beschäftigt sich dann mit der Ernennung der sogenannten Zellenobleute, die sich für besondere Aufgaben ohne weiteres zur Verfügung stellen müssen und besagt zum Schluss: "Mitglieder der SA und SS können kein Amt bekleiden, da diese Parteigenossen lediglich ihren militärischen Vorgesetzten unterstehen." Daraus ergibt sich eindeutig, dass im Sinne eines kürzlich veröffentlichten vertraulichen Rundschreibens von Nazi-Goebbels die SA und SS als einzige Waffe für den Eventualbedarf nach dem 13. März bereitgestellt ist.

SPD. Die deutschen Kommunisten erzählen uns: Russland ist das Land ohne Arbeitslosigkeit - also verfährt in Deutschland nach russischen Rezepten.

Gibt es wirklich keine überschüssigen Arbeitskräfte in Russland? Es gibt sie, und zwar fast 20 Millionen - aber sie sind unsichtbar geworden. Sie sitzen auf dem Lande als überzählige Arbeitskräfte und zusätzliche Esser in den bäuerlichen Gemeinwirtschaften und essen das Brot, das die städtischen Proletarier nicht erhalten. Sie erscheinen nicht in der Statistik und erhalten keine Unterstützung. Wovon leben sie? Vom wildesten, primitivsten Kampf der Stadt- und Landproletarier untereinander um das Stück Brot, der nicht nur Stadt und Land zerreisst, sondern auch die Anstrengungen zu planmässiger Wirtschaft stört.

Wer das deutschen Arbeitern als Vorbild empfiehlt, der müsste ihnen ehrlich sagen: die Erwerbslosen erhalten künftig keine Unterstützung mehr, sie werden aus den Städten herausgeschmissen, jeder Landarbeiter füttert künftig eine Erwerbslosen mit, im übrigen: sehe jeder, wo er bleibe.

Geht das? Nein, das geht nicht, weil Deutschland ein Industrieland ist, und Russland ein Agrarland. Die russischen Rezepte sind deshalb Unsinn für Deutschland, die kommunistische Propaganda ist irrsinnig und arbeitet deshalb nur geradezu dem Faschismus in die Hände. Wer auf kommunistische Parolen hört, betrügt sich selbst!

SPD. Paris, 5. März (Eig. Drahtb.)

Die Kammer hat am Sonnabend-Vormittag mit 325 gegen 20 Stimmen den Gesetzentwurf über die Staatsgarantie für die 600 Millionen-Anleihe an die Tschechoslowakei gebilligt. Die Sozialisten und Radikalen enthielten sich der Stimme.

Ministerpräsident Tardieu verteidigte den Gesetzentwurf in einer langen Rede, in der er ausführte, dass der tschechische Staat, der bisher eine musterhafte Finanzpolitik geführt habe, durch die Wirtschafts- und Finanzkrise in Zahlungsschwierigkeiten geraten sei. Dazu hätten auch die "Repressalien beigegeben, die gegen die Tschechoslowakei wegen ihrer Haltung in der Frage der deutsch-österreichischen Zollunion ergriffen worden sind". Frankreich habe die Pflicht, der Tschechoslowakei zu helfen. Sie bilde den Kern der Kleinen Entente, verteidige stets die Ideen des Friedens und habe in allen internationalen Aktionen stets an der Seite Frankreichs gestanden. Die Tschechoslowakei sei die Basis für die Versuche, Mitteleuropa eine bessere wirtschaftliche Organisation zu geben. Das höchste Ziel, das diese Versuche erstrebten, sei die Wiederherstellung des Vertrauens. Er, der Ministerpräsident, hoffe also, dass die Kammer aus diesen Gründen die Vorlage fast einstimmig billigen werde.

Vor der Abstimmung verlas Abgeordneter Vincent Auriol im Namen der sozialistischen Fraktion eine Erklärung, in der die Stimmenthaltung der Sozialisten begründet wird. In der Erklärung heisst es, dass die Fraktion ständig gegen die seit zwei Jahren französischen Privatunternehmungen und ausländischen Regierungen ohne jede Befragung des Parlaments gewährten Kredite protestiert habe und sie ihren Protest gegen derartige Verfahren erneuere, die erlaubt hätten, die Mittel des Schatzamts zu verschleudern und die Staatsfinanzen zu gefährden. Die Fraktion habe den Antrag der Tschechoslowakei zwar mit der grössten Sympathie geprüft. Sie vergesse nicht, dass die Tschechoslowakei in Mitteleuropa die Hoffnung der europäischen Demokratie und eine der Grundlagen des Friedens sei. Sie wisse, dass die sozialistischen Parteien der Tschechoslowakei den Drohungen der Reaktion erfolgreich Widerstand leisten. Aber die Fraktion stelle fest, dass derartige Anleihen weniger dazu dienen, die Währung zu stützen als Defizite im Budget zu decken, die vor allem von den drückenden Lasten der Militärausgaben herrühren. Sie glaube, dass das einzigste Heilmittel

in einer grossen internationalen Anstrengung finanzieller Solidarität und gegenseitiger wirtschaftlicher Unterstützung gesucht werden müsse ohne jeden Hintergedanken in bezug auf die Aufrechterhaltung oder den Ausbau der Bündnispolitik, und ohne jeden anderen Wunsch als den der Erleichterung des Loses der Arbeiterklasse und der Befestigung des Friedens. Keine derartige Garantie sei aber der sozialistischen Fraktion gegeben worden. Im Gegenteil schliesse alles darauf, dass die französische Regierung die Tschechoslowakei "in ein Unternehmen hineinziehen wolle, das ebenso wie der Anschluss, dem sich die Fraktion widersetze, gegen gewisse Mächte gerichtet zu sein scheine".

Der Ministerpräsident unterbrach den Redner und protestierte gegen seine Anspielung auf das geplante Zollbündnis der Donau-Länder. Diese Aktion sei gegen niemand gerichtet und alle Interessierten seien davon unterrichtet worden. Vincent Auriol verlas dann die Erklärung der sozialistischen Fraktion weiter. Sie besagt zum Schluss, dass die sozialistische Fraktion der Regierung und ihrer Mehrheit die Verantwortung für eine verhängnisvolle Finanzpolitik überlassen werde, die im Dienste einer Aussenpolitik stehe, der es an wahren Willen zur Befriedung und zur Wiederannäherung der Völker fehle.

SPD. Auf den offenen Brief Nazi-Hitlers an Hindenburg, der vier Stunden, bevor er im Reichspräsidentenpalais abgegeben wurde, von Hitler persönlich der auswärtigen Presse übermittelt worden war, hat der Reichsminister des Innern am Sonnabend ebenfalls mit einem offenen Brief geantwortet. Der Brief lautet :

"Sehr geehrter Herr Hitler! Sie haben am 28. Februar Vertreter der ausländischen Presse empfangen, um ihnen den Inhalt eines Briefes an den Herrn Reichspräsidenten mitzuteilen, der erst mehrere Stunden nach diesem Empfang in die Hände des Adressaten gelangt ist. Die Würde des deutschen Staatsoberhauptes gebietet, die persönliche Beantwortung eines Schreibens abzulehnen, das nur formell an seine Adresse gerichtet war, praktisch aber einer an das Ausland gerichteten Propaganda dienen sollte. Die Dinge, die Sie vorgebracht haben, erfordern aber eine öffentliche Antwort. Sie haben in dieser Kundgebung einen Appell an den Reichspräsidenten gerichtet, in die Handhabung der Massnahmen einzugreifen, die die Regierung des Reiches und der Länder zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung während des Wahlkampfes zu treffen haben. Sie erwarteten von dem Generalfeldmarschall von Hindenburg, dass er hierbei mit Rücksicht auf seine persönliche Kandidatur die ihm als Reichspräsidenten gegebenen Rechte zur Anwendung bringen sollte. Ihr Appell an die "Prinzipien der Ritterlichkeit", den Sie damit verbinden, veranlasst mich zu der öffentlichen Klarstellung, dass der Versuch, einen Mann, der sieben Jahre lang ein bewunderungswürdiges Zeugnis seines Bemühens um eine objektive Amtsführung abgelegt hat, in gewissen Konflikt zwischen Amtspflicht und persönlicher Loyalität zu bringen, meinem Empfinden für Ritterlichkeit widerspricht. Ich hätte jedenfalls erwartet, dass die persönliche Behandlung, die Ihnen noch vor wenigen Monaten durch den Herrn Reichspräsidenten zuteil geworden ist, an den Methoden Ihrer Wahlpropaganda nicht spurlos vorübergehen würde.

Zu einzelnen Ihrer Beschwerden habe ich folgendes zu bemerken: Als Reichsinnenminister bin ich für die Sicherung der freien Wahlentschliessung des einzelnen Staatsbürgers gegenüber Versuchen, durch Terror und Zwang eine Wahlbeeinflussung auszuüben. Wahlfreiheit bedeutet aber nicht einen Freibrief für alle Ausschreitungen in politischem Kampf. Ihr Hinweis auf eine alltägliche Verfassungswidrigkeit der bestehenden Verordnungen während des Wahlkampfes geht an dem klaren Sinn des Art. 125 der Reichsverfassung vorbei. Sie rufen den Schutz des Reichspräsidenten an gegen Teile des Wahlaufrufs der S.P.D., in denen die Befürchtung ausgesprochen wird, dass Ihre Wahl Krieg und Bürgerkrieg und die Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten zur Folge haben

könne. Vergleicht man diese dunklen Prophezeiungen mit Aufrufen und Kundgebungen, die Ihre Partei seit Jahr und Tag über ihre Gegner in Deutschland verbreitet hat, so kann Ihre mit einem Mal gezeigte Empfindlichkeit nur Verwunderung auslösen. Ich bin zwar kein politischer Propagandist, aber ich möchte doch annehmen, dass es für Sie ein einfaches Mittel gäbe, sich selbst gegen die Ihnen unberechtigt erscheinenden Befürchtungen zu wehren, nämlich endlich einmal die klare Hervorhebung Ihrer politischen Ziele und damit die ernste Sorge Millionen Deutscher und die Entwicklung unserer Aussenpolitik und die in weiterer Zukunft liegenden Gefahren einer bolschewistischen Entwicklung zu zerstreuen.

Sie nehmen mit Recht für sich in Anspruch, dass der Wahlkampf auch gegen Ihre Person ritterlich geführt wird. Ich zögere deshalb nicht, auf Grund der von Ihnen vorgelegten Bescheinigung der österreichischen Behörde in Linz die Behauptung, Sie seien österreichischer Deserteur gewesen, als unrichtig zu bezeichnen. Ich stelle auch mit Befriedigung fest, dass der Abgeordnete Dr. Goebbels in einem an mich gerichteten Brief von der Absicht einer Beleidigung des Herrn Reichspräsidenten durch seine Äusserung im Reichstag weit abgerückt ist. Dies ändert nichts an der Tatsache, dass seine Worte in jener Reichstags-sitzung nicht anders verstanden werden konnten, als ich es getan habe. Ich bedauere, dass Dr. Goebbels nicht die erste Gelegenheit dazu benutzt hat, aus freiem Antrieb eine Erklärung abzugeben, die unter dem Ausdruck des Bedauerns seine Worte zurücknahm und die mich der Pflicht zu meiner Erklärung im Reichstag enthoben hätte.

Es widerspricht den Gepflogenheiten deutscher Tradition, Männer, die ein langes Leben an der positiven Entwicklung mitgewirkt haben, deren positive Leistungen bereits der Geschichte angehören, ohne weiteres mit denen auf eine Stufe zu stellen, die den Beweis ihrer historischen Bedeutung erst erbringen sollen. Ich werde als Reichsinnenminister dafür sorgen, dass niemand in seiner freien Entscheidung bei der Wahl gehindert wird, aber ich betrachte es als meine Pflicht, als Staatsmann, mich schützend vor die Person des amtierenden Reichspräsidenten zu stellen, und als meine Ehrenpflicht als alter Soldat, über die Ehre und das Ansehen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zu wachen. In diesem Geist werde ich die gesetzlichen Bestimmungen auch im Wahlkampf handhaben. gez. Groener."

-----

SPD. Hamburg, 5. März (Eig. Drahtb.)

Hitler hat dieser Tage für die Nationale Fluggesellschaft von der Firma Hamburger Auto-Friedhof eine Junkersmaschine, die zur Reparatur in Dessau war, von Beauftragten kaufen lassen. Am Sonnabend erfolgte in Dessau die offizielle Abnahme des Flugzeuges für die Nationalsozialisten. Dass der Käufer des Flugzeuges Hitler war, erfuhr die Firma erst nachträglich.

-----

SPD. Genf, 5. März (Eig. Drahtb.)

Die Sonnabend-Sitzung der Völkerbundsversammlung begann mit einer Kontroverse zwischen China und Japan über den Stand der Kampfhandlungen, bis John Simon-England ein Telegramm des Admirals Kelly bekannt gab, dass Japan tatsächlich die inzwischen von China angegebenen grossen Truppensendungen gelandet habe und bereits Schiessereien im Gange seien.

Braakland-Norwegen stellte die Versammlung vor die prinzipielle Frage, die entschieden werden musste. Man solle sich nicht bei Einzelheiten aufhalten. Massnahmen zur Beendigung und endgültigen Regelung des Konflikts müssten beschlossen werden. Gegen die Parteien, die sie nicht annehmen, müsse mit allem im Völkerbundspakt vorgesehenen Zwangsmitteln vorgegangen werden. (Starker

Beifall) - Der Vertreter Kolumbiens erklärte, der Völkerbund dürfe nicht den Eindruck erwecken bei den Völkern, als habe er Angst, klar auszusprechen, was ist. Der Augenblick für Urteile sei noch nicht gekommen, da die völlige Einstellung der Feindseligkeiten abgewartet werden müsse. Die Versammlung habe aber die Pflicht des moralischen Urteils, dass kein Mitglied des Völkerbundes das Recht habe, Gebiete eines anderen Landes zu besetzen. - Ortega-Mexiko verlangte die Anerkennung des internationalen Rechts, dass kein Staat das Recht der militärischen Besetzung von Gebieten eines anderen Staates habe, einerlei, welche Gründe für den Schutz von Interessen angegeben würden. Der Völkerbund sei verpflichtet, als Ergebnis der Vollversammlung den gekennzeichneten Grundsatz im Interesse der Souveränität aller Staaten und des Rechtes der Menschheit auf Frieden als für alle verbindlich anzunehmen. (Stürmischer Beifall.)

Lofgreen-Schweden bezeichnete die Ereignisse im Fernen Osten als Krieg ohne diesen Namen. Die militärischen Massnahmen Japans seien in keiner Weise mit dem Völkerbundspakt vereinbar. Schweden habe immer den Standpunkt aufrecht erhalten, dass kein Staat das Recht zur militärischen Intervention habe. Wolle man die "legitime Verteidigung" so weit auslegen, wie im vorliegenden Fall, dann sei die Aufrechterhaltung jedes internationalen Rechtszustandes unmöglich. Nach Einstellung der Feindseligkeiten habe der Völkerbund unter Ausschaltung jedes militärischen Drucks die gerechte Regelung durchzuführen. Dafür sei der Brouckere-Bericht von 1927 über die Möglichkeiten, nach Artikel 11 des Paktes den Parteien Lösungen aufzuzwingen, die massgebende Richtlinie. Der Einfluss der Kleinen sei zwar kleiner, als der der Grossen, doch sei ihr Interesse an der Gerechtigkeit umso grösser. Führe der Völkerbund nicht unparteiisch seinen Pakt durch, so müssten seine Mauern verfallen und die Gerechtigkeit werde durch die Gewalt ersetzt. - In ähnlichem Sinne sprach Eric-Finnland.

-----  
SPD. Moskau, 5. März (Eig. Drahtb.)

Auf den Botschaftsrat bei der Deutschen Botschaft in Moskau von Twardowski wurde am Sonnabend-Vormittag ein Anschlag verübt. Botschaftsrat von Twardowski wurde durch einen Streifschuss am Halse und durch einen Steckschuss in die Hand verletzt. Im ganzen wurden vier Schüsse auf Twardowski abgegeben. Sein Befinden ist den Umständen nach befriedigend. Der Täter ist verhaftet. Die Motive der Tat konnten noch nicht festgestellt werden.

Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Litwinow sprach im Namen der U.d.S.S.R. dem deutschen Botschafter in Moskau von Dirksen sein Bedauern aus und sicherte strengste und schnellste Untersuchung zu.

+ + +  
Der russische Botschafter in Berlin Chintschuk hat dem Staatssekretär von Bülow gleichfalls das Bedauern seiner Regierung zum Ausdruck gebracht.

-----  
SPD. Hannover, 5. März (Eig. Drahtb.)

In einer Wahlversammlung in Uelzen führte Reichsverkehrsminister Treviranus u. a. aus:

"Das Beschämende an der ganzen Haltung der Harzburger Opposition ist, dass sie Hindenburg Bedingungen stellen wollte, dass sie ihm zumutete, die Wiederwahl zum Reichspräsidenten zu einem politischen Handel zu machen. Zu einem ganz nüchternen Handel des Inhaltes, dass die Wahl Hindenburg erfolge, wenn er sich verpflichte, nachher die politischen Führer, die ihm die Stimmen gebracht haben, zu Ministern zu machen. Dass ein Hindenburg ein solches Geschäft nicht machen werde, hätten sich die Herren vorher sagen können!"

SPD. Genf, 5. März (Eig. Drahtb.)

In der Sonnabend-Nachmittagsitzung der Vollversammlung des Völkerbundes schwiegen wiederum sämtliche Grossmächte. Die Gruppe der neutralen Staaten fand in Munck-Dänemark und Motta-Schweiz zu Beginn noch einmal starken Ausdruck für ihren Hauptgedanken, dass neues Recht nicht mehr durch Gewalt geschaffen werden dürfe. Motta erklärte offen, dass Artikel 12, der den Rückgriff auf Gewalt verbiete, von Japan nicht befolgt worden sei. Zulueta-Spanien verlangte, dass jeder Verhandlung über die Grundlagen des Konflikts unbedingt die Räumung der Schanghai-Zone und der Mandchurei vorausgehen habe. Gerade gegenüber ungenügend organisierten Völkern, die im Inneren ihres Landes einen Kampf um bessere Organisation führten, müssten die Verpflichtungen des Paktes in höchstem Masse angewandt werden.

Benesch als Vertreter der Kleinen Entente bedauerte, dass Japan seine Klagen gegen China nicht vor den Völkerbund gebracht habe. Trotz des Rechts der legitimen Verteidigung dürfe sich kein Volk herausnehmen, sich selbst Gerechtigkeit zu verschaffen, wenn es nicht die Autorisation des Völkerbundes habe. Ohne diese Autorisation und angesichts der grossen Aktion einer Partei in diesem Streitfall auf dem Gebiet einer anderen könne er nur an Artikel 10 des Völkerbundpaktes erinnern, der jedem Land seine territoriale Unversehrtheit garantiere, die nach seiner Meinung verletzt worden sei. Die Tschechoslowakei halte es für notwendig, dass jeder Unterzeichner des Paktes verpflichtet sei, in jedem Falle zur friedlichen Prozedur nach Artikel 12 des Paktes zu greifen. Deshalb erhebe sein Land diese Prinzipienfrage in der Ueberzeugung, dass in solcher Regelung alle Ansprüche Japans Genugtuung finden würden. Da der Völkerbund zum erstenmal nach Artikel 15 angerufen sei, würden hier lauter Präzedenzfälle geschaffen. Der Vorgang lehre, dass für Konflikte dieser Art der Völkerbund seine eigenen Einrichtungen, seine eigene Kommissionare, eigenen Untersuchungskommissionen und vielleicht seine eigene Polizei haben müsse. Diese zweiseitigen Formulierungen gaben Politis-Griechenland das Stichwort, ebenfalls für eine internationale Armee zu plädieren. Er führte dann einen Dolchstoss gegen die Vollversammlung, indem er vorschlug, für die direkten Verhandlungen in Schanghai die in Artikel 15 vorgesehene Frist von sechs Monaten einzuschalten. Man solle eine Kommission mit der Verfolgung der Verhandlungen von Schanghai beauftragen, und erst wenn dort keine Lösung erzielt werde, am 3. September wieder zusammentreten, um Empfehlungen zur Regelung vorzuschlagen.

Die Aussprache wurde schliesslich auf Montag-Nachmittag vertagt.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Der französische Botschafter gab dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes am Sonnabend Erklärungen über die französischen Absichten betreffend Hilfsmassnahmen für die Donau-Länder ab und überreichte ihm ein Aide-mémoire, in dem die Erwägungen der französischen Regierung über die Möglichkeiten einer Ueberwindung der im Südosten Europas bestehenden wirtschaftlichen Notlage niedergelegt sind. Dieselbe Niederschrift, die ebenso wie die deutschen Erwägungen von den Vorarbeiten des Finanzausschusses des Völkerbundes ausgeht, ist auch den anderen interessierten Grossmächten in diesen Tagen überreicht worden. Sie will nicht als ein fertiger Vorschlag angesehen werden, sondern als Betrachtungen über die einzuschlagenden Wege und über die gegebenen Möglichkeiten. Der französische Botschafter brachte den Wunsch seiner Regierung zum Ausdruck, dass Deutschland sich an den Arbeiten zur Herbeiführung einer besseren wirtschaftlichen Organisation für den Südosten Europas beteiligen möge.



SPD. Nürnberg, 5. März (Eig. Drahtb.)

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen trat am Sonnabend im Nürnberger Künstlerhaus zu seiner 20. Reichskonferenz zusammen. Der Auftakt der Konferenz bestand in einem scharfen Appell an die Kriegsoffer, die wirklichen Frontkämpfer, bei der Reichspräsidentenwahl, dafür zu sorgen, dass die deutsche Republik nicht infolge eines Faschistensieges im Blutbad eines Bürgerkriegs untergeht.

Der erste Vorsitzende des Bundes Christoph Pfändtner wandte sich energisch gegen den Unfug, der von den Nationalsozialisten mit dem Begriff Frontsoldatentum und Fronterlebnis zum Zwecke des politischen Ränkespiels getrieben werde. Den wirklichen Frontkämpfern und Hinterbliebenen der gefallenen Kameraden, von denen mehr als eine halbe Million im Reichsbund organisiert seien, stehe es in erster Linie an, den Anteil darzulegen, der den Kriegsoffern im öffentlichen Leben zukomme. Nicht das System, nicht die Staatsform seien schuld an dem Furchtbaren, was sie erdulden müssten, sondern die Folgen des Krieges. Daher, so betonte der Bundesvorsitzende, halten wir fest am demokratisch-republikanischen Staat, der jedem Bürger die Mitwirkung am Staate sichert. So sehr wir unsere parteipolitische Neutralität aufrecht erhalten, und soviel wir auch an den Methoden der Notverordnungs politik auszusetzen haben - wir lassen uns nicht in einen neuen Obrigkeitsstaat, in eine faschistische Diktatur hineintreiben. Wir verlangen, dass die Behörden der Republik den republikanischen Kriegsteilnehmern den Platz einräumen, auf den sie Anspruch haben. Ein bewusst republikanischer Kurs muss gesteuert werden, und weil wir das wollen, darum wenden wir uns auch bei der kommenden Reichspräsidentenwahl, bei der es um Sein oder Nichtsein der Republik geht, gegen alle, die im Falle eines Sieges das Chaos und den Bürgerkrieg auslösen würden. Deshalb sind wir bei der Präsidentenwahl gegen Hitler und seine Helfer, die Kommunisten. Deshalb stehen wir hinter Hindenburg.

Der Appell des Bundesvorsitzenden wurde von der Reichskonferenz mit stürmischer Zustimmung aufgenommen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Aus aller Welt

2 000 Kinder entführt!

Geschäfte der Unterwelt - Lösegeld an die "Kidnappers" - Furcht vor Polizeischutz!

SPD. Der intensive Anteil, den die ganze amerikanische Nation und selbst ihre höchsten amtlichen Vertreter an der Entführung des 19 Monate alten Kindes des Ozeanfliegers Lindbergh nehmen, erscheint uns für europäische Begriffe etwas befremdend. Kein Mensch wird sich der Tragik des Falles versagen; jeder wird den Schmerz der um das Leben ihres Kindes bangenden Eltern nachfühlen. Die Methode aber, mit der jetzt ganz Amerika nach den Entführern des Kindes sucht und die harten Strafen, nach denen das in seinen heiligsten Gefühlen verletzte Volk verlangt, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade in Amerika, das keinerlei Arbeitslosenschutz und auch sonst kaum irgendwelche Sozialversicherungen kennt, Tausende jährlich vor Hunger sterben: unter ihnen, das ist gewiss, wenn auch nicht gerade statistisch nachweisbar, viele kleine Kinder. Aber um diese unbekanntenen Opfer des Proletariats kümmert sich kein Mensch. Die Liebe der Masse gehört nicht dem Hilfebedürftigen an sich, sondern dem "Helden", dem Ideal. Aus Lindbergh, der ohne Zweifel ein tüchtiger Flieger und sicher auch ein sympathischer Mensch ist, haben sie einen nationalen Halb-gott, aus dem Ideal ein Idol gemacht...

Trotz der unschönen Begleiterscheinungen hat indes der Fall des geraubten Lindberghkindes für Amerika sicher sein Gutes. Die Entführung von Hopewell hat blitzartig und zu energischer Abwehr aufrufend die Tatsache erhellt, dass es in den Vereinigten Staaten eine regelrecht organisierte Unterweltindustrie des Menschen- und Kindesraubes gibt. In den letzten zwei Jahren sind in Amerika 2 000 Kinder entführt worden! Der Zweck fast aller dieser Entführungen war die versuchte Erpressung eines Lösegeldes. Meistens dürften die "Kidnappers" auch zu ihrem Ziele gekommen sein. Dabei kann es gar keinem Zweifel unterliegen, dass in noch weit mehr als den bekannt gewordenen Fällen Lösegeld entrichtet wurde, da im allgemeinen ein Gefühl der Scheu die betroffenen Eltern oder Angehörigen zurückhält, die Affäre an die grosse Glocke zu hängen. Ausserdem veranlassen häufig Todesdrohungen der Erpresser die jeweils betroffenen Familien zum Schweigen. Oft kommt es auch gar nicht erst zur vollendeten Ausführung des Menschenraubs: bereits die blossе Androhung eines solchen Verbrechens genügt, die Erpressung durchzuführen. Eine Zeit lang bekamen viele Hollywooder Filmstars derartige Erpresserbriefe, in denen ihnen der Raub ihrer Kinder in Aussicht gestellt wurde. Die Verbrecher verlangten im allgemeinen 10 000 Dollar, bisweilen aber auch mehr - und in den meisten Fällen war man ihnen zu Willen. Nur ungern wandten sich die Bedrohten an die Polizei. Sie fürchteten, dass dann das Leben ihrer Kinder erst recht gefährdet sei. Diejenigen Eltern, die es sich leisten können - und an andere pflegen die Erpresser meistens garnicht heranzutreten -, ziehen es infolgedessen vor, ihre Kinder ständig durch Schutzgarden und Detektive bewachen zu lassen. Die Kinderzimmer reicher Leute sind oftmals durch moderne Alarmanlagen und stählerne Gitter gegen Kindesraub geschützt.

Während jetzt gegen die Kinderräuber die Verhängung der Todesstrafe verlangt wird, waren bisher die gesetzgeberischen Massnahmen gegen das Verbrechen der Entführung verhältnismässig geringfügig. Hierauf dürfte es auch zurückzuführen sein, dass diese ganze "Industrie" so alt werden konnte. Schon zu Anfang des 20. Jahrhunderts bildete das "Zehn-Millionen-Dollarbaby" ein beliebtes The-

ma der amerikanischen Tageszeitungen. John Nikolas Brown war das Kind eines über 10 Millionen Dollar verfügenden Ehepaares; es war von einer bis an die Zähne bewaffneten Leibwache umgeben und spielte auf einem durch Stacheldrahtverhau geschützten Platz. Trotzdem zahlte die Mutter alljährlich hunderttausende von Dollar an Erpresser, die den Diebstahl des Kindes ankündigten - bis die Polizei hinter die Sache kam-. Später hatten die Amerikaner sogar ihr "Hundert-Millionen-Baby", das stets in einem käfigartigen Kinderwagen aus Stahl ausgefahren wurde.

Im übrigen kennt man auch den Kinderraub aus zu grosser Liebe: so dachte man auch im Fall Lindbergh an die Tat einer hysterischen Amerikanerin, die ein unerfüllter Muttertrieb dazu verführt haben mag, sich an dem berühmtesten "Baby der Nation" zu vergreifen. Die entfesselte Volkswut dürfte für alle Zukunft davor warnen, es sich nach allzu populären Objekten gelüsten zu lassen. Energetisch warnen die New Yorker Blätter in diesen Tagen: "Krümmt dem Kinde kein Haar, denn sonst wird der rasende Volkszorn, wenn ihr gefasst werdet, euch Glied für Glied zerstückeln!"....

+ + +

50 Jahre Tuberkelbazillus. Aus Anlass der vor 50 Jahren durch Robert Koch erfolgten Entdeckung des Tuberkelbazillus fand im Berliner früheren Herrenhaus eine Gedenkfeier statt. Zahlreiche ehemalige Schüler, Freunde und Verehrer Robert Kochs, unter ihnen die Witwe des Gelehrten und seine Tochter, waren anwesend. In einer Begrüssungsansprache wies der preussische Minister für Volkswohlfahrt, Hirtsiefer, darauf hin, dass Kochs Entdeckung grundlegend für die gesamte Entwicklung der Bakteriologie gewesen sei: an die Entdeckung des Tuberkelbazillus schloss sich die Entdeckung des Cholera-, Typhus- und Diphtherieerregers an. Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Hamel, führte aus, dass Robert Kochs geniale Entdeckung auch zur Erfindung des Tuberkulin und zur Klarstellung der Uebertragungsweise der Tuberkulose geführt habe. So sei es Professor Koch zu danken, wenn heute die Tuberkulose nur noch ein Drittel der früheren Opfer verlange. Dass Koch mit seinen Tuberkulosearbeiten von Anfang an vor allem praktische Ziele verfolgt habe, belegte in einem weiteren Vortrag Professor Neufeld, der Präsident des früher von Koch geleiteten "Instituts für Infektionskrankheiten" durch interessante Einzelheiten. Zum Schluss der Feier ehrte Professor Pfeifer - Breslau, einer der ältesten Schüler Robert Kochs, seinen Lehrer.

+ + +

Geheimrat Flamm strafbar? Gegen den 71 jährigen hervorragenden deutschen Schiffbausachverständigen Geheimrat Dr. Oswald Flamm-Berlin wurde von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht III Berlin ein Verfahren eingeleitet. Geheimrat Flamm, ein Gelehrter von Weltruf, steht unter dem Verdacht, für mehr als 30 000 Mark Devisen entgegen den Notverordnungsbestimmungen nicht angemeldet und nicht abgeliefert zu haben.

+ + +

Zusammengebrochene Darlehenskasse. Ueber den Darlehenskassenverein Bad Kleinen bei Schwerin wurde das Vergleichsverfahren eröffnet. Die Passiven betragen 97 000 Mark.

+ + +

Himalaya-Denkmal. Der Himalaya-Club in Kalkutta beschloss die Errichtung eines grösseren Erinnerungsdenkmals für alle im Osthimalaya-Gebiet verunglückten Bergsteiger. Das Denkmal soll auf einer schön gelegenen Stelle in Darjeeling, gegenüber dem Kandschendschunga - Massiv, aufgestellt werden.



## Schutz dem Arbeitslosenschutz!

### Ein Prügelknabe wird gesucht

SPD. Kein Zweifel: die Absichten sehr weiter Kreise, die Arbeitslosenversicherung abzubauen, sind offenkundig. Der Druck dieser Kreise auf die Regierung wird immer stärker. Die bittere Pille will man durch eine Verkoppelung des Abbaus mit der Arbeitsbeschaffung versüßen. Die Arbeitsbeschaffung wird zurzeit auch im Reichswirtschaftsrat erörtert, und zwar soll dort das Programm der Reichsregierung bezüglich einer Umbildung der Arbeitslosenversicherung in engster Verbindung stehen.

Auch der Kommissar für Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, der soeben von neuem seine Pläne zur Arbeitslosenreform - diesmal auf einer Tagung der Jungpreussischen Bewegung in Königsberg - dargelegt hat, will den Abbau der Arbeitslosenversicherung durch Arbeitsbeschaffungsversprechungen schmackhaft machen. Er will, wenn die Meldungen über seinen Vortrag richtig sind, durch Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrt 300 bis 500 Millionen Mark sparen. Im Freiwilligen Arbeitsdienst glaubt er 150 000 bis 200 000 Arbeitslose unterbringen zu können, und durch Aufforstung von 500 000 Morgen Land sowie durch Melioration von 1 Million Morgen hofft er, 300 000 Menschen Beschäftigung geben zu können.

Versprechungen sind Versprechungen. Wir möchten lieber endlich einmal erfahren, wie denn nun im einzelnen diese Pläne durchgeführt werden sollen. Wie sollen vor allem durch "Zusammenlegung" der einzelnen Zweige der Arbeitslosenbetreuung 500 Millionen "gespart" werden? Durch Abbau der oberen Lohnklassen der Arbeitslosenversicherung? So etwas nennen wir nicht sparen, sondern plündern. Wo soll denn die Grenze der Bedürftigkeit, durch deren Neufestlegung man angeblich Millionen "sparen" will, fixiert werden? Eine Finanzierung der Arbeitsbeschaffung durch Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung und Ausplünderung der Arbeitnehmer, die jahrelang fest Beiträge zahlen dürfen, nun aber genau wie alle Dauerarbeitslosen mit einem Wohlfahrtsalmosen abgespeist werden sollen, erscheint uns doch recht bedenklich. Arbeitsbeschaffung ist gewiss ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, und dieses Ziel muss erreicht werden", aber Arbeitsbeschaffung durch Zerstörung des Arbeitslosenschutzes - das heißt ja beinahe den Teufel durch Beelzebub austreiben. Arbeitsbeschaffung als Kulisse, hinter der mit dem Arbeitslosenschutz höchst gefährliche Experimente gemacht werden sollen - wir danken.

Der Arbeitslosenschutz geht die Allgemeinheit an. Goerdelers Plan möchte aber die bisherige Erwerbslosenversicherung den Gewerkschaften übertragen. Allem Anschein nach gingen seine ursprünglichen Vorschläge sogar noch weiter, nämlich bis zum Bruch mit dem Sozialversicherungssystem überhaupt. Diese weitgehenden Pläne wurden fallen gelassen, aber sein Vorschlag für die Arbeitslosenversicherung blieb und er hat bereits eine böse Verwirrung angerichtet. Schon sympathisieren die Freunde einer Aufgliederung der Reichsanstalt auf berufsständischer Grundlage mit dem Teil der Goerdeler-Pläne, der eine Übertragung der Arbeitslosenversicherung für die Gewerkschaftsmitglieder an die Gewerkschaften vorsieht. Auch in der Unternehmerpresse spricht man bereits davon, dass es reizen könne, den Gedanken des "Genter Systems" nachzuprüfen.

Bei den freien Gewerkschaften betrachtet man Goerdelers Vorschlag, die Sorge um die Arbeitslosen einfach den Gewerkschaften zu überantworten, keineswegs mit frisch-fröhlichem Optimismus. "Die Gewerkschaften" ihrer heutigen Form" zu entkleiden", so schreibt die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des ADGB, "dürfte tatsächlich manchem schon eine Masse wert sein. Zumal dann, wenn der Weg vielleicht gar zu einer Diskreditierung der Gewerkschaften in den Massen führen könnte. Die Krise des Arbeitsmarktes und damit der Finanzen wird leider nicht so bald überwunden werden. Es sind Stimmen laut geworden, die mindestens mit einem Stand von 2 bis 3 Millionen Arbeitslosen auf Jahre hinaus rechnen. Die "soziale Belastung" soll abgebaut werden. Jede Senkung der Finanzunterstützung, die das Existenzminimum der Millionen Arbeitslosen immer erbarmungsloser herabdrückt, führt zur Kritik des Staates. Man mache die Gewerkschaften für den Arbeitsmarkt "mit-verantwortlich", d.h. man übertrage die Verantwortlichkeit für die Unterstützung der Arbeitslosen weitgehend auf die Gewerkschaften - und siehe da: die Verantwortlichkeiten sind verschoben, ein Prügelknabe ist gefunden. Andere mag auch locken, die Peitsche der Unterstützungsverknappung durch das Zuckerbrot "Genter System" zu versüßen. Welch verlockende Aussicht! Die staatliche Arbeitslosenversicherung vernichtet, die Masse der Arbeitslosen auf die knappe, nur im Falle alleräußerster Hilfsbedürftigkeit gegebene Fürsorge verwiesen. Aber die Gewerkschaft zahlt für ihre Mitglieder - und zwar als Rechtsanspruch - die volle Unterstützungsleistung. Ein indirekter Organisationszwang führt die Arbeiter in die Gewerkschaften und bindet sie! Es gibt also schon Freunde eines neuen "Genter Systems", das sie staatliche, auf der allgemeinen Gefahrgemeinschaft beruhende, Arbeitslosenversicherung abzulösen berufen wäre".

Man sieht: es sind sehr ernste Gefahren, die von den Goerdeler-Plänen her der Arbeitslosenversicherung drohen. Wenn diese Pläne nur eine Privatmeinung wären, brauchte man sich mit ihnen nicht auseinander zu setzen. Das scheinen sie aber nicht zu sein. Um so mehr haben die Gewerkschaften Veranlassung, sich mit diesen Plänen und Vorschlägen zu beschäftigen. Die Regierung hält sich aus politischen Gründen zurück. Die Arbeitslosen und die noch arbeitenden Arbeiter und Angestellten haben es in der Hand, bei der Präsidentenwahl die dem Arbeitslosenschutz drohenden Gefahren zu bannen. Hitlers Niederlage wäre nicht zuletzt ein Erfolg der Gewerkschaften. Dass sich ein solcher Erfolg bei der bevorstehenden Entscheidung in der Arbeitslosenfrage auswirken muss, versteht sich von selbst. Keine Thälmann-Stimme kann hier etwas helfen, und jede Hitler-Stimme ist eine Kugel gegen die Arbeitslosen. Arbeiter überlegt und handelt danach!

SPD. Der freigewerkschaftliche Reichsverband der Steuer- und Zollbeamten beschloss am Sonnabend auf einem ausserordentlichen Verbandstag gegen drei Stimmenthaltungen seinen Uebertritt zum Gesamtverband. Damit ist auf dem Weg der gewerkschaftlichen Konzentration ein weiterer wichtiger Schritt zurückgelegt.

Der Reichsverband, der jetzt als Fachgruppe dem Gesamtverband angegliedert ist, wird sich bei seinen künftigen Forderungen auf die Masse der Mitglieder des Gesamtverbandes, d.h. auf 700 000 Mitstreiter stützen können.

SPD. Die Thälmann haben die Katze aus dem Sack gelassen. In ihrem Uebereifer in der "Bekämpfung aller Erscheinungen des parlamentarischen Kretinismus" gestehen sie offen ein, dass alle Thälmannstimmen nur eine hoffnungslose Minderheit schaffen können, die zu nichts nütze ist. Sie sagen in ihrer soeben an alle Zellen hinausgegangene "Mobilmachung gegen die Eiserner Front":

"Wenn manche Arbeiter die Frage aufwerfen, was geschehen soll, wenn Thälmann eine Stimmenmehrheit erhält, so muss den Massen mit voller Klarheit gesagt werden, dass es unter der Herrschaft des Kapitalismus auf Grund der bürgerlich-demokratischen Verfassung und insbesondere bei dem Fortschreiten des Prozesses der faschistisch-kapitalistischen Diktatur stets nur möglich sein kann, eine Minderheit der abgegebenen Stimmen auf unseren roten Arbeiterkandidaten zu vereinigen. Alle leichtsinnigen übertriebenen Prophezeiungen über das voraussichtliche Stimmenergebnis, die nur ein Ausdruck für parlamentarische Illusionen sind, müssen bekämpft und verhindert werden."

Das ist deutlich und klar. Jede Thälmannstimme - die Thälmann sagen es selbst - ist wertlos; denn Thälmannstimmen schaffen nur eine Thälmann-Minderheit, und diese Minderheit kann praktisch nichts ausrichten. Sie kann sich höchstens vor die Gewehrläufe der Faschisten werfen, wenn diese von ihr in den Sattel gesetzt worden sind und also nicht mehr zu putschen brauchen, sondern sozusagen von rechts wegen schießen dürfen. Ein Arbeiter, der bei der Präsidentschaftswahl etwas erreichen will, ein Arbeiter, der auf den Gang der Dinge praktisch Einfluss ausüben, d.h. mit der Eisernen Front den Faschismus schlagen will, damit der Weg zu Arbeit, zur Rettung der Sozialversicherung und zu einem besseren Lohn freigemacht wird, der kann nur der Parole der Gewerkschaften folgen und Hindenburg wählen. Den Arbeitern, die denken können, sagen die Thälmann selbst: Wählt Hindenburg!

SPD. Im dänischen Versicherungsgewerbe ist ein Arbeitskonflikt ausgebrochen. Zwischen der Geschäftsleitung der Versicherungsaktiengesellschaft "Skandinavien" in Kopenhagen und dem freigewerkschaftlichen Verband des Handels- und Kontorpersonals schwebt seit einiger Zeit ein Streit über die Regelung der Arbeitsbedingungen. Die Gesellschaft hat nunmehr ihre sämtlichen Angestellten ausgesperrt. Da auch eine Anzahl von deutschen Versicherungsgesellschaften mit der "Skandinavien" in geschäftlichen Beziehungen stehen, können für die deutschen Gesellschaften, wenn die Aussperrung anhält, Komplikationen entstehen, die den Interessen der deutschen Versicherten abträglich wären. Eine baldige Beilegung des Konflikts erscheint deshalb als notwendig.

SPD. Im Ruhrbergbau führen viele Zechen jetzt die Dreischichtenwoche ein, d.h. der Bergmann verfährt in der Woche nur noch drei Schichten, sodass er Kurzarbeiterunterstützung erhält. Die Entlassungen und Kündigungen nehmen wieder zu. Ende März dürfte die Gesamtbelegschaft nur noch 204 000 bis 205 000 Mann betragen.

SPD. Der Zentralausschuss der gewerkschaftlichen Verbände Polens hat für den 16. März einen eintägigen Proteststreik gegen die Sozialreformvorlage der Regierung beschlossen. Die Vorlage sieht einen scharfen Leistungsabbau in der Sozialversicherung vor. Auch im Tarifwesen sollen Verschlechterungen eingeführt werden. Man will den freien Sonnabend-Nachmittag beseitigen und die Urlaubsansprüche sowie die Überstundenentlohnung kürzen.



## Eine Woche Scheinbörsen.

(Börsenbericht für die Woche vom 29. Februar bis 5. März 1932)

SPD. Berlin, den 5. März (Fig. Bericht)

Man braucht nicht zu befürchten, dass die Regierung sich gezwungen sieht, die Börsen wieder zu schliessen, wie das im vorigen Herbst der Fall war. Aber man kann auch nicht behaupten, dass man mit der Wiedereröffnung der Börsen einen Erfolg erzielt hat. Das ist bedauerlich und zwar aus folgenden Gründen: Nach Lage der Dinge wird die Börse mehr als je das Finanzierungsmittel für unserer grossen Industriegesellschaften sein. Funktioniert die Börse nicht, dann fehlt eben etwas, um unsere Betriebe in den Stand zu setzen, Arbeitslose aufzunehmen. Ausserdem betrachten wir das Funktionieren der Börse als ein Mittel, die Bereinigung der Bilanz bei den Betrieben zu erzwingen. Die Sache ist klar. Nur ein Betrieb, dessen Bilanz in Ordnung ist, kann darauf rechnen, seine Aktien mit Erfolg an der Börse zu handeln.

Für das alles scheinen die verantwortlichen Stellen nicht den rechten Blick zu haben. Was man bis jetzt eingerichtet hat, sind die berüchtigten Sprechbörsen. Kurse dürfen in deutschen Zeitungen nicht veröffentlicht werden, obwohl die ausländischen Zeitungen sie an jedem Tag publizieren. Ein solches Ding kann keinen Anspruch auf die Bezeichnung Börse erheben. Das Misstrauen des Kunden wird so nicht beseitigt. Dem Kunden fehlt die Möglichkeit, den Wert des Papiers, das er kaufen will, zu beurteilen. So wenig wie im bisherigen Telefonverkehr weiss er, ob der ihm angesetzte Kurs auch der tatsächlichen Marktlage entspricht. Man sollte sich überhaupt nicht genieren und bei jedem einzelnen Papier die täglichen Umsätze veröffentlichen. Diese Umsätze hat man dem Publikum bisher verschwiegen. Auch dadurch erklärt sich das Misstrauen gegen die Börsen. Ob überhaupt alle Banken und Bankiers ihre Zusage halten, sämtliche bei ihnen eingehenden Kaufaufträge über die Börse zu leiten, ist eine Frage, die selbst von den Eingeweihten wohl nicht positiv beantwortet werden kann und die ständig das Misstrauen nährt. Jedenfalls haben Banken und Bankiers hoch das Recht, Aufträge, die für die Börse zu spät kommen, am Nachmittag im Telefonverkehr abzuwickeln. Wer kann nun kontrollieren, ob der Auftrag, der im Telefonverkehr abgewickelt wird, wirklich zu spät eingelaufen ist? Die Liste der Mängel könnte noch weiter geführt werden. Solange diese Mängel aber noch da sind, haben wir keine richtige Börse, wird die Bereinigung unseres Wirtschaftslebens gehemmt und verzögert.

Soweit die Börse selbst in Frage kommt, sind sensationelle Ereignisse nicht festzustellen. Dass die Kurse gegenwärtig im allgemeinen über dem tiefsten Stand der verflorenen Schwarzbörsen und des früheren Telefonverkehrs liegen und dass sie zum Teil auch über die amtlichen Bilanzierungskurse gestiegen sind, dürfte bekannt sein. Bemerkenswerte Bewegungen fanden lediglich in wenigen Papieren statt, bald an den Aktienmärkten, bald an den Märkten für festverzinsliche Papiere. Der festere Verlauf der meisten ausländischen Börsen regte an freundlichen Tagen an. Die Diskontsenkungen einiger ausländischer Notenbanken lösten die Hoffnung aus, dass die Reichsbank dem folgen werde. Dann ergab sich aber, dass die Meldungen über eine weitere Herabsetzung des englischen Diskonts verfrüht waren: das gab Ungewissheit und unter Druck dieser

Ungewissheit wurde das Geschäft, das sich an den ersten Tagen der Woche ziemlich lebhaft gestaltete, wesentlich ruhiger. Von einer ausgesprochenen Tendenz kann nicht gesprochen werden.

Neuerdings schweben Erwägungen über eine Verlegung der Börsenzeit, bisher von 12 bis 14 Uhr, auf 11 bis 13 Uhr. Man will dadurch zu einer Uebereinstimmung mit den Börsen im Reich kommen und der Kundschaft die Auftragserteilung erleichtern. Das Projekt wird heiss umkämpft. Dagegen sind natürlich die Leute, die am Telefonverkehr interessiert sind; sie fürchten, gewisse Sondervorteile zu verlieren.

Alles in allem sind die bisherigen Sprechbörsen ein schlimmes Fiasko.

-----

**SPD.** Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit: Im Interesse des deutschen Exportgeschäfts hat sich der Reichswirtschaftsminister damit einverstanden erklärt, dass die Devisenbewirtschaftungsstellen Anträge ausländischer Firmen auf Freigabe älter Guthaben zwecks Einkaufs auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1932 genehmigen. Voraussetzung belibt dabei, dass es sich um Altguthaben der einkaufenden Firmen selbst handelt und dass die Guthaben von vornherein zum Warenbezug aus Deutschland bestimmt waren. Die Genehmigung wird in der Weise erfolgen, dass der antragstellenden Firma gestattet wird, einen Teil des Rechnungsbetrages ihrer Einkäufe auf der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse zu Lasten der Altguthaben zu begleichen.

-----

**SPD.** Die Umsätze der deutschen Waren - und Kaufhäuser hielten sich im Januar 1932 - ebenso wie in den voraufgegangenen Monaten - der Einkommensschrumpfung entsprechend auf tiefem Stand. Sie waren wertmässig um 21,2 Prozent niedriger als zur gleichen Vorjahrszeit. Die Preise lagen infolge der starken Herabzeichnung während des Inventurausverkaufs beträchtlich unter Vorjahreshöhe. Der mengenmässige Umsatz dürfte also hinter dem wertmässigen Umsatz zurückbleiben.

-----

**SPD.** Der Absatz des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats stellt sich für den Monate Februar arbeitstäglich auf 157 000 Tonnen gegenüber 169 000 Tonnen im Januar.

-----

#### Buttermarkt.

-----

**SPD.** Berliner Butterpreise vom 5. März. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 126, II. Qualität 119, abfallende Sorten 109 Rm. Tendenz: Ruhig.

-----



SPD. In den nächsten Tagen sind 50 Jahre vergangen, seitdem es gelang, den Erreger einer der fürchterlichsten Volksseuchen, der Tuberkulose, zu entdecken. Diese Entdeckung knüpft sich an den Namen Robert Koch an. Die Auswertung dieser Entdeckung ist aber mit der modernen Arbeiterbewegung verknüpft. Der von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften getragenen Sozialpolitik gelang es, die grundlegende Entdeckung Kochs der praktischen Auswertung zuzuführen.

Am 24. März 1882 trug Robert Koch, der schon als einfacher Landarzt und Physikus zu Wollstein in Posen aufsehenerregende Forschungen über die Mikroorganismen bei infektiösen Krankheiten angestellt hatte und daraufhin 1880 in das Reichsgesundheitsamt berufen worden war, in einer Sitzung der Physiologischen Gesellschaft zu Berlin seine weltbewegende Entdeckung des Tuberkelbazillus einem Auditorium vor, dass sich aus den Spitzen der deutschen Wissenschaft den Trägern der berühmtesten Namen voran Virchow und Paul Ehrlich, zusammensetzte. Er wies die furchtbare Ansteckungsfähigkeit des Tuberkelbazillus von Mensch zu Mensch nach und schuf damit die Voraussetzung für einen systematischen Kampf gegen die Tuberkulose als Volksseuche.

Der deutschen Sozialversicherung in aller erster Linie der Invalidenversicherung war es vorbehalten, die Koch'sche Entdeckung dienstbar und zum Rückgrad eines systematischen Kampfes gegen die Tuberkulose zu machen. Ueber die Verbindung von Tuberkulosebekämpfung und deutscher Sozialversicherung sagt Dr. von Legat, Direktor der Landesversicherungsanstalt Schlesien in der "Deutschen Invalidenversicherung", dass ohne die deutsche Sozialversicherung niemals eine derartige Auswertung der Entdeckung des Tuberkelbazillus möglich gewesen wäre, wie sie in den folgenden Jahren an den Tag getreten ist. Die Tuberkulose ist bekanntlich eine Wohnungskrankheit. Um die Tuberkulose in ihrer Eigenschaft als Wohnungskrankheit zu bekämpfen, traten die Träger der deutschen Invalidenversicherung überall im Reich energisch dafür ein, den Arbeiterwohnungsbau zu fördern. Man hat den gesteigerten Wohnungsbau in den letzten Jahren vom finanziellen und finanzpolitischen Standpunkt oft kritisiert. Es gibt Scharfmacher - und leider laufen diesen Leuten selbst Arbeiter nach - die immer wieder darauf hinweisen, dass die starke Bautätigkeit die Krise verschärft habe, dass es Wahnsinn gewesen sei, in solchem Ausmass zu bauen, wie das in Deutschland in den letzten Jahren geschehen ist. Sicherlich mag diese oder jene Stadt ihre Mittel dabei überschritten haben. Aber durch die Ankurbelung des Baumarktes in den letzten Jahren ist die Wohnungsmisere wenigstens nicht fortgeschritten. Wir könnten uns das Wohnungswesen in Deutschland heute kaum vorstellen, wenn wir nicht in dem Ausmass gebaut hätten. Immer noch haben wir in Deutschland Wohnungsmisere. Ohne die Bauzeit der letzten Jahre hätten wir aber eine Wohnungskatastrophe. - In diesem Zusammenhang erwähnen eine Aeusserung des oben angeführten Dr. von Legat. Legat sagt in der "Deutschen Invalidenversicherung" über die Erfolge der Tuberkulosebekämpfung und ihre Hemmungen u. a.: "Rückblickend muss an dieser Stelle festgestellt werden, dass in den 50 Jahren seit der Entdeckung des Tuberkelbazillus durch Robert Koch die Tuberkulosesterblichkeit im deutschen Reich ganz erheblich, in der ersten Hälfte dieses Zeitraumes sogar um 50,8 % zurückgegangen ist. Es ist des weiteren festgestellt, dass in diesen 50 Jahren im deutschen Reich die Tuberkulosensterblichkeit stärker abgenommen hat als in allen anderen Kulturländern. Als Grund hierfür ist, wohl sicher die deutsche Sozialversicherung anzusehen mit ihrem klinisch fortgebildeten Heilverfahren und mit ihrer systematischen Fürsorge für die Offentuberkulösen und ihre Umgebung. Und der Ausblick?"

SPD. Während in Amerika die schon nicht mehr so ganz hoffnungslose Einstellung zur Wirtschaftsentwicklung in Arbeitsprogrammankündigungen der großen Trusts, z.B. der Ford-Company, die ein Bauprogramm von 1,5 Millionen Wagen aufgestellt hat, ihren Ausdruck findet, müssen wir uns in Deutschland zunächst damit begnügen, dass die verschiedenen Wirtschaftsverbände die Zukunft mit bescheidenen Optimismus betrachten. Zu diesen "ersten Schwalben" gehört auch der Eisen- und Stahlwaren-Industriebund, der seinen Sitz im Wuppertal hat und der die Klein- und Kleinsteisenindustrie Deutschlands zusammenfasst. Der Monat Februar habe zwar, so führt der Stahlwarenindustriebund aus, bei der Beschäftigung der Industrie keine grundlegende Änderung gebracht. Bei den Meldungen aus den einzelnen Produktionsgebieten im Reich seien aber zum ersten Mal seit Monaten wieder günstigere Einzelheiten berichtet worden. Wenngleich es verfrüht wäre von einem Umschwung der Verhältnisse zu sprechen, so wäre es andererseits ebenfalls falsch, eine gewisse Umstellung zum Besseren zu übersehen. Bei dieser Umstellung spielen die Tatsachen mit, dass die Läger des Handels so gut wie leer sind und nun wieder aufgefüllt werden müssen.

Im übrigen glaubt der Industriebund, dass der Tiefstand der Preise erreicht sei. Der Handel dürfe nicht mehr mit einem Unterschreiten des gegenwärtigen Preisniveaus rechnen.

-----  
**Mühlen halten zurück.**  
 -----

(Berliner Getreidebörse vom 5. März)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Sonnabend wieder sehr ruhiger Verkehr. Es zeigte sich nur geringfügige Unternehmungslust. Am Markt der Maltengeschäfte waren bei kleinen Umsätzen die Notierungen nur wenig verändert. Der Handel mit effektiver Ware war das Angebot an Weizen anscheinend etwas größer; jedoch hielten sich auf der anderen Seite die Mühlen mehr zurück, da ihr dringendster Bedarf in Anbetracht des kleinen Maltengeschäfts wohl gedeckt ist. Roggen stand in manipulierter Ware in üblichem Umfange zur Verfügung. Auch hier war die Kauflust gering. Die Notierungen für beide Brotgetreidearten in prompter Ware bleiben unverändert. Am Mehlmarkt herrschte Ruhe. Verbilligtes Roggenmehl war genügend angeboten. Nach Weizenmehl zeigte sich nur wenig Nachfrage und die Preise waren auch hier wenig verändert. Hafer hatte gut stetige Tendenz. Die Kauflust hatte sich etwas gebessert; jedoch war das Angebot im allgemeinen ausreichend.

	4. MÄRZ	5. MÄRZ
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	244 - 246	244 - 246
Roggen	193 - 195	193 - 195
Braugerste	183 - 190	185 - 192
Futter- und Industrieroggen	172 - 176	174 - 179
Hafer	151 - 158	152 - 159
Weizenmehl	31,25 - 34,75	31,25 - 34,75
Roggenmehl	27,00 - 27,90	27,00 - 27,90
Weizenkleie	10,00 - 10,50	10,00 - 10,50
Roggenkleie	9,85 - 10,25	9,85 - 10,25

Handelrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 257½ (Vortag 257½); Mai 265 (265½), Juli - (270), September 231 - 232 (231). Roggen März 197 plus Brief (196½), Mai 204 plus Geld (203½), Juli 204 plus Geld (203), September 191 plus Geld. Hafer März 169 (168½), Mai 175½ (175), Juli - (180½).

-----